

Der Erfurter Parteitag sagt Ja zum Programmentwurf – und hat dabei Bauchschmerzen

Bericht und Einschätzung von Florian Höllen (Delegierter)

Hauptmerkmal des Erfurter Parteitags der LINKEN war die Bestätigung des Entwurfs des Parteivorstands (bzw. konkret der Programmkommission und der Redaktionskommission) in allen wesentlichen Fragen. Dieser Entwurf wird nun der Mitgliedschaft zur Abstimmung vorgelegt. Dies bedeutet einerseits, dass die Chance zu einigen Präzisierungen und Konkretisierungen der antikapitalistischen und antiimperialistischen Grundtendenz des Programmentwurfs vertan wurde. Als Beispiele seien hier folgende nicht aufgenommene Vorschläge aus dem sozialen/ökonomischen und dem friedenspolitischen/internationalen Bereich genannt:

- Präzisierung, dass DIE LINKE keinen Personal- oder (besser!) Stellenabbau im öffentlichen Dienst in einer Regierung mitträgt, statt der offeneren Formulierung der Verschlechterung der „Aufgabenerfüllung des öffentlichen Dienstes“
- Beseitigung des Widerspruchs, sich als Partei der Beschäftigten zu verstehen und gleichzeitig ihre Ausbeuter in kleinen und mittleren Unternehmen als Bündnispartner zu sehen (als ob der Gegensatz von Kapital und Arbeit in einem mittelständischen Unternehmen wie Otto Bock nicht vorhanden wäre)
- Verwendung des Begriffs „Auslandseinsätze“ statt des enger interpretierbaren Begriffs „Kampfeinsätze“ auch in den Haltelinien
- Einfügen einer Passage zur Kritik der Militarisierung von Schule, Universitäten und Medien
- kritischere und tiefergehende Auseinandersetzung mit den Vereinten Nationen, insbesondere ihrer Militarisierung und imperialistischen Instrumentalisierung

Andererseits bedeutet die im Wesentlichen unveränderte Bestätigung des Entwurfs auch, dass einer z.B. von der SPD geforderten Aufweichung unserer Positionen, insbesondere im friedenspolitischen Bereich, eine Absage erteilt wurde. Kernsätze des Programms sind u.a. folgende Feststellungen:

- „Demokratie, Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Internationalismus und Solidarität gehören zu unseren grundlegenden Werten. Sie sind untrennbar mit Frieden, Bewahrung der Natur und Emanzipation verbunden. Wir kämpfen für einen Systemwechsel, weil der Kapitalismus, der auf Ungleichheit, Ausbeutung, Expansion und Konkurrenz beruht, mit diesen Zielen unvereinbar ist.“ (S. 4)
- „Eine ökologisch nachhaltige Wirtschaft steht im Widerspruch zur kapitalistischen Wachstumslogik. Die ökologische Frage ist zugleich eine ökonomische, soziale und kulturelle – eine Systemfrage.“ (S. 19)
- „Sozialismus und Demokratie sind untrennbar.“ (S. 20)
- „DIE LINKE kämpft in einem großen transformatorischen Prozess gesellschaftlicher Umgestaltung für den demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Dieser Prozess wird von vielen kleinen und großen Reformschritten, von Brüchen und Umwälzungen mit revolutionärer Tiefe gekennzeichnet sein.“ (S. 21)
- „Die LINKE kämpft für Frieden und Abrüstung, gegen Imperialismus und Krieg, für eine Welt ohne Massenvernichtungswaffen, ein Verbot von Rüstungsexporten sowie die Umwandlung von Rüstungsindustrie in zivile Produktion, d.h. die Förderung von Rüstungskonversion. DIE LINKE wird niemals einer deutschen Beteiligung an einem Krieg zustimmen. Die Bundeswehr muss aus allen Auslandseinsätzen zurückgeholt werden. Ihr Einsatz im Innern ist strikt zu untersagen, die Notstandsgesetze, die den Einsatz der Bundeswehr im Inneren vorsehen und ermöglichen sind aufzuheben.“ (S. 6/7)
- „Die kapitalistischen Staaten sorgen dafür, dass ihre Unternehmen weltweit Zugriff auf

alle Ressourcen haben, dass sie ihr Kapital weltweit investieren und verwerten sowie auf allen Märkten ihre Produkte absetzen können. Dazu nutzen sie ihre ökonomische und militärische Vormachtstellung und ihre herrschende Rolle in den internationalen Handels- und Finanzinstitutionen.“ (S. 19)

- „Auch die EU versucht zunehmend aggressiv, in der weltweiten Auseinandersetzung um Macht, Einfluss und natürliche Ressourcen ihre Stellung auszubauen. Kriege, einschließlich präventiver Angriffskriege, gelten führenden Kräften der USA, der NATO und der EU wieder als taugliche Mittel der Politik.“ (S. 20)
- „Die wachsende Bedeutung militärischer Mittel für die EU spiegelt sich im Vertrag von Lissabon wider. Er enthält nicht nur eine Aufrüstungsverpflichtung, sondern ermöglicht auch die Beteiligung von EU-Kampfverbänden an internationalen Konflikten.“ (S. 20)
- „An einer Regierung, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt, die Privatisierungen der Daseinsvorsorge oder Sozialabbau betreibt, deren Politik die Aufgabenerfüllung des Öffentlichen Dienstes verschlechtert, werden wir uns nicht beteiligen.“ (S. 56)
- „Unabhängig von einer Entscheidung über den Verbleib Deutschlands in der NATO wird DIE LINKE in jeder politischen Konstellation dafür eintreten, dass Deutschland aus den militärischen Strukturen des Militärbündnisses austritt und die Bundeswehr dem Oberkommando der NATO entzogen wird.“ (S. 52)
- „Linke Politik muss sich stets, auch und gerade in Regierungen, auf die Gewerkschaften und andere soziale Bewegungen und die Mobilisierung außerparlamentarischen Drucks stützen können, um nicht der strukturellen Macht von Kapitalinteressen und parlamentarischer Logik zu unterliegen. Wir wollen die Menschen ermutigen, selbst für ihre Interessen in Aktion zu treten.“ (S. 57)

Neben einigen inhaltlichen Unstimmigkeiten des Ergebnisses (z.B. einerseits Überwindung der Klassengesellschaft, andererseits Beibehaltung von Privateigentum an Produktionsmitteln in vielen Bereichen und damit der Grundlage von Klassenunterschieden in einer kapitalistischen Gesellschaft...) und der fehlenden Klarstellungen an einigen Punkten (s.o.) ist auch der Prozess seiner Entstehung kritikwürdig: Der Parteitag, der laut Satzung das höchste beschlussfassende Gremium ist, war kein Ort intensiver Programmdebatte. Nahezu alle Anträge wurden in Blöcke zusammengefasst, über deren Behandlung dann nach der Einbringung der Anträge abgestimmt wurde. Von wenigen Ausnahmen abgesehen hat der Parteitag sich mehrheitlich dafür entschieden, die Anträge nicht zu behandeln. Ich halte dieses Herangehen für falsch, da die Genossinnen und Genossen die Anträge stellen, gerade auch wenn es größere Gruppen oder Gremien sind, ein Recht haben, dass ihre Anträge (und sei es angesichts der Masse der Anträge in drei Minuten) behandelt werden. Durch eine bessere Zeitplanung für den Parteitag (z.B. weniger große Reden, keine szenische Lesung...) wäre es auch möglich gewesen, viele Anträge zu behandeln. Die als Totschlagargument herumschwirrende Zahl von 1400 Änderungsanträgen relativiert sich auch, wenn man bedenkt, dass viele Anträge die gleichen Fragen betrafen und so oft durch die Behandlung eines Antrages die anderen Anträge entfallen und sich so die Zahl der zu behandelnden Anträge stark reduziert. Auch wurde viel Zeit mit Geschäftsordnungsfragen über die Antragsbehandlung statt mit der Antragsbehandlung selbst verbracht. Allerdings war diese Selbstbeschränkung nach meinen Eindrücken auch Ausdruck der von Vertretern verschiedener Strömungen geschürten Angst, wenn es spürbare Veränderungen am Programmwurf gibt, werde die Partei auseinander fliegen. Eine solche Situation war meines Erachtens jedoch nicht im Ansatz gegeben, da alle Beteiligten wissen, dass sie ohne diese Partei keine politische Zukunft haben oder bestenfalls Hinterbänkler bei SPD und Grünen sind. Abgesehen davon ist es für die Interessenvertretung in einem parlamentarischen Parteiensystem durchaus förderlich, wenn sich Parteien auf Grund von gemeinsamen politischen Positionen bilden, die ihre Vertreter von den Vertretern anderer Parteien unterscheiden. Hier rächt sich der Fehler der SPD, sozialdemokratisch gewendete

SED-Genossen nicht in die SPD aufzunehmen – und schadet sowohl der SPD wie der LINKEN. Auf dem Parteitag führte diese kuriose Zusammensetzung der Partei zu einem kuriosen Argumentations- und Abstimmungsverhalten: Der Entwurf wurde von Genossen, die vorher noch Änderungsbedarf angemeldet hatten, nun als quasi unantastbar verteidigt. Andere Genossen schafften es sogar, in ihren Beiträgen zuerst den Entwurf zu kritisieren und dann für seine unveränderte Annahme zu plädieren. Die 96,9 % Zustimmung sind somit oft, wenn nicht gar fast immer, von unterschiedlich starken Bauchschmerzen begleitet gewesen. Die Konsequenz, dann mit Nein oder Enthaltung zu stimmen, hatten nur wenige Genossinnen und Genossen, dafür allerdings sowohl vom rechten wie vom linken Parteiflügel. Das Ja zum Programm war oft auch weniger vom Inhalt desselben beeinflusst, als von der aktuellen Stagnation der Partei, der man durch ein Bild der Geschlossenheit entkommen wollte.

Ich selbst habe mich bei der Schlussabstimmung der Stimme enthalten, da der Parteitag die Chance vertan hatte, zumindest in einigen zentralen Fragen Widersprüchlichkeiten und Unklarheiten zu beseitigen. Dies betrifft insbesondere zwei Fragen, bei denen ich den Eindruck hatte, dass hier von den meisten Genossinnen und Genossen eine Klar- bzw. Richtigstellung als notwendig erachtet wird:

1. Statt des Begriffs „**Kampfeinsätze**“ den an anderer Stelle benutzten Begriff „**Auslandseinsätze**“ auch in den Haltelinien für Regierungsbeteiligungen zu verwenden, um einer Interpretation vorzubeugen, DIE LINKE wäre in einer Regierung nicht gegen Einsätze in denen z.B. nicht mehr gekämpft, sondern „nur noch“ besetzt wird, so z.B. derzeit im Balkan oder möglicherweise künftig in Libyen. Was auf den ersten Blick wie eine Wortklauberei aussehen mag, macht auf den zweiten einen handfesten Unterschied. Die Gegenrede gegen die Behandlung der entsprechenden Änderungsanträge musste von keinem geringeren als Oskar Lafontaine gehalten werden, da der entsprechende Druck für eine solche Klarstellung im Programm sehr stark war. Seine Gegenrede war jedoch inhaltlich eine Furredede, er verbürgte sich selbst dafür, dass es mit ihm keine Schlupflöcher in dieser Frage geben werde. Damit schien vielen Genossinnen und Genossen (wenn auch nicht mir) eine Anpassung des Begriffs an dieser Stelle des Programms unnötig.
2. Während in einem früheren Entwurf des Programms der **Personalabbau im Öffentlichen Dienst** auch in Regierungen strikt abgelehnt wurde, fand sich im letzten Entwurf des Programms eine veränderte Formulierung („An einer Regierung [...] deren Politik die Aufgabenerfüllung des Öffentlichen Dienstes verschlechtert [...] werden wir uns nicht beteiligen“), deren offensichtlicher Zweck war, Personalabbau im Öffentlichen Dienst mit Stimmen der LINKEN doch zu ermöglichen. Ungezählte Änderungsanträge setzten sich dafür ein, die vorherige Formulierung die ja große Unterstützung in der Partei gefunden hatte und zentral für das Profil als Partei der Beschäftigten ist, statt der neuen Schlupfloch-Formulierung zu verwenden. Der Block mit den entsprechenden Anträgen wurde (natürlich wieder gegen meine Stimme) nicht behandelt. Die Schlupfloch-Formulierung ist somit Teil des Beschlusses des Bundesparteitags.

Insgesamt ergab sich für mich daher im Laufe des Parteitags leider die Einschätzung, dass es kein Programm ist, dem ich aus Überzeugung zustimmen kann (und unüberzeugt zuzustimmen kam für mich nicht in Frage). Gleichzeitig wäre es auch falsch gewesen, gegen das Programm zu stimmen, da es viele sehr positive Elemente enthält. Der angemessene Ausdruck im Stimmverhalten (auf der Ebene des Parteitags) zu dieser Widersprüchlichkeit war für mich die Enthaltung.

Die Drogenfrage – oder ein Antrag, den es eigentlich nicht geben kann

Nachdem der Parteitag ohne besonders große Aufregung beschlossen hatte, die Legalisierung aller Drogen zu fordern (was die Grüne Jugend schon vor Jahren tat!), wurde dies von der Presse skandalisiert. Anstelle damit nun offensiv umzugehen und die

katastrophalen Folgen der derzeitigen Verbotspolitik anzugreifen, wollten die Genossen Klaus Ernst und Gregor Gysi lieber über das hingehaltene Stöckchen springen und waren dafür bereit elementare Verfahrensweisen zu verletzen: Mehrere Stunden nachdem die Abstimmung über diesen Antrag gelaufen war beanspruchte Klaus Ernst in einem Geschäftsordnungsantrag das Wort und beantragte, einen neuen ergänzenden Antrag der gerade vom Genossen Gysi geschrieben werde, zu behandeln. Hiergegen sprach ein Vertreter der Antragskommission, der darauf hinwies, dass es laut der beschlossenen Geschäftsordnung nicht mehr möglich sei, auf dem Parteitag selbst Änderungsanträge zum Programm zu stellen. Die Tagesleitung führte dennoch zuerst eine Abstimmung über den geschäftsordnungswidrigen Antrag von Klaus Ernst durch in der dieser eine Mehrheit erhielt und stellte danach einen Antrag von Gregor Gysi zur Abstimmung, der den gemachten Beschluss in dem Sinne umdeutete, dass es nur um die Abgabe von Drogen an Abhängige gehe (was eh schon in vielen Städten in Deutschland Praxis ist). Diese Umdeutung wurde dann „angenommen“ (wenn man diesen Begriff angesichts der Ungültigkeit des gesamten Verfahrens verwenden kann).

Weitere Debatten und Beschlüsse des Parteitags

Eine Solidaritätserklärung mit der Occupy-Bewegung, sowie eine weitere Solidaritätserklärung mit den Studentenprotesten in Chile und der lateinamerikanischen Linken überhaupt wurde ebenso beschlossen wie ein Initiativantrag gegen den Afghanistan-Krieg anlässlich der Petersberg-II-Konferenz. Hierin wird auch das Ende aller deutschen Auslandseinsätze gefordert.

Sehr kontrovers diskutierte Anträge zur sog. „4-in-1-Perspektive“ und zur Bildung einer neuen Frauenstruktur in der Partei fanden keine Mehrheit. Einige jener Frauen, die sich (im Unterschied zu anderen Frauen) für die Bildung eines sogenannten „Bundesrates Linke Frauen“ eingesetzt hatten, erklärten nach der für sie verlorenen Abstimmung, dass sie sich nun „selbst ermächtigten“ und lasen die Gründungserklärung jenes Gremiums vor, was wenige Minuten vorher durch den Parteitag abgelehnt worden war.

Fazit

Das Programm hätte angesichts der Stimmung an der Basis in West und Ost zu den heiklen und nicht veränderten Fragen besser werden können, als es geworden ist. Angesichts der Kräfteverhältnisse im Parteivorstand und der von ihm eingesetzten Programmkommission und der Redaktionskommission hätte es jedoch auch schlechter werden können, als es geworden ist. Gemessen an der Aufgabe, eine Analyse des aktuellen Kapitalismus zu liefern und hieraus eine Strategie zu seiner Überwindung zu formulieren sowie Eckpunkte eines alternativen Gesellschaftssystems zu skizzieren, befriedigt das Programm insgesamt nicht. Sieht man die (wenn auch nur oberflächliche!) Einheit der Partei als Ziel eines Programms, wurde diese erreicht, aber eben auch nur oberflächlich und somit nicht belastbar. Nimmt man die Positionierung in den tagesaktuellen Fragen als Kriterium, schneidet das Programm besser ab. Die LINKE ist hier auf der richtigen Seite der Barrikade, auch wenn sie zum Gegenangriff noch nicht in der Lage ist. Trotz aller Mängel und Widersprüche des Programms (und seiner Entstehung) ist daher klar: Wenn DIE LINKE in ihrer praktischen Politik diesem Programm folgt, wird sie in den aktuellen Auseinandersetzungen eine starke Kraft für Frieden, Gerechtigkeit, Ökologie, Demokratie und Freiheit! Darum werden wir kämpfen müssen, denn in Parlamenten und Vorständen stimmen gewählte Einzelpersonen ab und nicht Programme. Und auch die Entscheidungen in Vorständen und Parlamenten sind nur ein Teil praktischer Politik. Es liegt nun an uns allen, aus einem Text und mit dessen Hilfe praktische Politik zu machen, die seiner antikapitalistischen Grundtendenz und der der allermeisten Genossinnen und Genossen entspricht.